

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die neue russische Angriffsfront.

Ein bürgerliches Vorurteil.

von [Nachdruck verboten]
Dr. Ernst Feder.

Es gibt Menschen, die die Gabe besitzen, den gedanklichen Inhalt einer Situation oder einer geistigen Strömung in einem kurzen Schlagwort zusammenzufassen. An Napoleon wird uns berichtet, daß er durch solche Worte seine Soldaten und die Massen zu beherrschen verstand. Auch der Gewaltmensch, der jetzt in dem großen Rußland die Zügel führt, Lenin, ist ein Meister dieser Gabe. So bemerkte er kürzlich zu den Arbeitern der englischen Delegation, die einige Bedenken gegen die Moskauer Herrlichkeit vorzubringen wagten, und die namentlich gewisse, den Engländern auffällige Beschränkungen der persönlichen Freiheit bemängelten: „Die Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil.“

Eines steht fest: Rußland hat dieses Vorurteil, falls es ihm überhaupt je unterlegen ist, jetzt gründlich abgetreut. Wer öffentlich reden will, braucht, falls er nicht abgestempelter Bolschewist ist, eine beherrschende Erlaubnis. Die Pressefreiheit ist beseitigt, andere als bolschewistische Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Die Arbeit ist militarisiert. Die in der Fabrik Kolonna eingestellten deutschen Arbeiter riefen dem Genossen Makaroff, der ihnen die vorbildliche Leistung der russischen Arbeiter pries, die Worte zu: „Sie müssen! Sie werden mit dem Gewehr dazu gezwungen! Sie werden sonst eingeperrt!“ Geheimen Wahlen gibt es nicht mehr. Die Freizügigkeit ist abgeschafft. Und auch die Räte haben im Räte-Rußland nichts mehr zu sagen. Es regiert ein kleines Komitee in Moskau, das seiner Diktatur das Proletariat ebenso wie die anderen Klassen unterwirft — soweit seine Macht reicht. Denn auch für diesen neuen Zaren gilt das Wort, daß Rußland groß und der Zar weit ist.

Diese Aufklärung über die Abschaffung der persönlichen Freiheit in Rußland ist keine neue Offenbarung, die die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie von dem zweiten Kongress der Moskauer Internationale heimgebracht haben. Ihre Berichte sind nur deshalb wertvoll, weil sie auf einem persönlichen und sehr eindringlichen Anschauungsunterricht beruhen, der dasjenige bestätigt, was wir aus den Publikationen über Sowjetrußland schon erfahren konnten. Namentlich Lenin hat die Anschauung, die er in seinem Schlagwort von der Freiheit zusammenfaßt, in seiner großen Rede „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (die deutsch im Verlag der Wochenchrift „Die Aktion“ erschienen ist) bereits ausführlich vertreten. In dieser Erklärung er nicht nur die „widersprüchliche Unterordnung unter einen einzigen Willen für den Erfolg von Arbeitsprojekten, die nach dem Typus einer massenhaften Großindustrie organisiert sind, für unbedingt notwendig.“ Er verlangt auch im übrigen „die unweigerliche Unterordnung unter den Willen des Sowjetleiters, des Diktators“. Ganz amant ist es, daß er daneben das größte Gewicht auf die Abhaltung von Meetings legt. Sie rühmt er als den „echten Demokratismus der Arbeitenden, ihr sich Aufrichten, ihr Erwachen zu neuem Leben“. Wenn man mit Recht den alten Zarismus als eine durch Meuchelmord gemilderte Despotie bezeichnet, so wird man seine neue Form ebenso exakt als eine durch die Abhaltung von Meetings gemilderten Despotismus definieren dürfen.

Es ist ein besonderes Unglück des Sozialismus, daß seine Verwirklichung zuerst in dem Lande verlornt wurde, das nach der Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung dazu am allerwenigsten geeignet war. So fällt denn auch jene neue Form des Despotismus mit einer wirtschaftlichen Katastrophe ersten Ranges zusammen. Eine solche Koexistenz ist an sich nicht unbedingt notwendig. Wir haben ein geschichtliches Beispiel, in welchem eine Diktatur auf der Grundlage des Kommunismus unter materiell äußerst günstigen Umständen durchgeführt worden ist. Es ist der kommunistische Judanienstaat in Paraguan, den italienische Jesuiten im siebzehnten Jahrhundert an den Ufern der südamerikanischen Ströme aufgerichtet haben. Während ihres ganzen Lebens standen diese Judanier in allen Belästigungen unter der Aufsicht der Patres, die eine absolute Diktatur übten, jede Beschäftigung bestimmten, Arbeit und Spiel überwachten. Es hat, um Lenins Terminologie beizubehalten, seine vorurteilfreieren Menschen als diese Rothäute gegeben. Und materiell ging es den Schülern der Jesuiten sehr gut, wie uns der Ziviler Vater Anton Sepp, der die kommunistischen Siedlungen der Guarani besucht hat, berichtet. Alles, was sie zum Unterhalt brachten, das Rindfleisch, das sie in riesigen Mengen konsumierten, das bischen Salz, mit dem sie ihre Speisen würzten, den Tee, durch den ihnen die Patres bereichernde Getränke abgewöhnt hatten, die Kleider, die sie trugen, den Tabak, den sie rauchten, alles empfingen sie aus den großen, wohlgefüllten Magazinen. Zwei Werktage bieben ihnen für private Arbeit. An vier Tagen arbeiteten sie für den Staat. In Reich und Gied wogen sie morgens nach der Messe unter Vorantragung eines Heiligenbildes auf das Feld, in gleicher Weise kehrten sie abends zur Kathedrale und Rosenkranzandacht zurück.

Nur ein Fehler hatte dieses Jesuitenthem. Es fannte lediglich die Prinzipien der Subordination und der Disziplin. Es glaubte nicht an die Freiheit. So gelang den Jesuiten zwar die äußerliche Dressur auf ernährter Menschen, aber eine wirkliche Entwicklung, sei es ihrer ursprünglichen Kultur, sei es die Heranbildung einer neuen Kultur, blieb ihnen verweigert. Derselbe Fehler steckt in den komplizierten Systemen, die die jetzigen Beherrscher Moskaus sich ausgedacht haben, und mit denen sie an schlecht ernährten Menschen zu experimentieren versuchen. Auch sie wollen den Fortschritt von oben dekretieren. Was aber auf diese Weise entfällt, ist keine organische Fortbildung, sondern ein künstliches Erzeugnis, das bei der ersten Gelegenheit zusammenbricht. Es verkennen den ersten historischen Wert des Freiheitsideals, jenen Grundgedanken, von dem die Westanschauung des

Beginn der Verhandlungen in Riga am Montag.

Kamenews Antwort an Balfour.

Warschau, 9. September. (T. U.)

Nach einem Beschlusse des Ministerrates werden sich die polnischen Delegierten am Sonntag, den 12. September, nach Riga begeben. Außenminister Sapieha wird voraussichtlich erst Ende der nächsten Woche nach Riga fahren. Einer Neuerröffnung zufolge hat die russische Delegation in London mitgeteilt, daß die bolschewistische Friedensdelegation sich unverzüglich nach Riga begeben wird. Die lettische Regierung hat Garantien für die Immunität der gesamten Mission gegeben.

Paris, 9. September. (W. T. U.)

Wie der „Matin“ aus London meldet, hat die russische Delegation die Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Antwort ist sehr maßvoll gehalten und befaßt sich über die polnische Forderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheint, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Wendung eingetreten. Was in Wirklichkeit geschehen sei, sei, daß eine militärische Teilunternehmung nicht geglückt sei. Die Kräfte Rußlands, verglichen mit denen Polens, seien dieselben wie vorher. Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen anzulegen, so sei die Lage weiter verändert. Die Note schließt mit einem begeisterten Lob der Sowjeterrichtungen.

Schluß der baltischen Konferenz.

Der polnisch-litauische Konflikt vor dem Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Kopenhagen, 9. September.

Das lettische Pressebureau teilt mit, daß die Konferenz der baltischen Staaten in Riga am 6. September ihren Abschluß fand. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, einen permanenten Rat mit dem Sitz in Riga einzurichten. In seiner Abschiedsrede betonte Ilmanis, daß die erzielte politische Annäherung das Hauptergebnis der Konferenz sei.

Bern, 8. September. (W. T. U.)

Das lettische Informationsbureau bezeugt die Moskauer Meldung, daß zwischen Rußland und Lettland Feindseligkeiten begonnen hätten, als nicht zutreffend. Lettische Soldaten überschritten eigenmächtig die Demarkationslinie. Der Zwischenfall wird auf diplomatischem Wege beigelegt, nachdem von Riga aus erklärt worden war, daß die Grenzüberreitungen aus Eigenmächtigkeit ausgeführt worden seien.

Amsterdam, 9. September. (W. T. U.)

„Telegraaf“ meldet aus London: Von möglicher Seite wird mitgeteilt, daß Litauen seine Ansprüche auf die Stadt Suwalki fallen gelassen hat. Weiter meldet das Blatt, daß der Völkerbund eine Erklärung an die Presse gerichtet hat, in der auf die gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen hingewiesen und gesagt wird, in dieser Frage müsse der Völkerbund auftreten. Es wird auf die Notwendigkeit eines unparteiischen Schiedsrichters hingewiesen, in dem die Zuständigkeit des Bundes festgelegt ist. Was das litauische Pressebureau mitteilt, wird die litauische Regierung ihren Sitz in den nächsten Tagen nach Wilna, der Hauptstadt Litauens, verlegen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Zusammenkunft Millerands mit Notta.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 9. September.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Lemps“ erfährt, daß der frühere schweizerische Bundespräsident Vor bei der Brüsseler Finanzkonferenz präsidieren wird; Vizepräsident wird der frühere belgische Außenminister Jaspars sein. Von belgischer Seite nimmt außer dem Ministerpräsidenten Delcroix der jüngst zurückgetretene Minister des Auswärtigen Humans teil. Die Konferenz findet im Sitzungssaal der Deputiertenkammer statt. Humans wird Belgien auch weiterhin im Völkerbund vertreten.

Die Streilage in Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 9. September.

Die Bewegung der italienischen Metallarbeiter hat durch den Beschluß des Industriellenverbandes, die Verhandlungen nicht vor Nämung der Fabriken durch die Arbeiter wieder aufzunehmen, eine Verschärfung erfahren. Gleichzeitig haben die anderen Industriellen sich mit den Beschäftigten der Stahlwerke und Maschinenfabriken solidarisch erklärt. Die Gefahr ist daher akut geworden, weil diese Beschäftigten von den Gewerkschaften am Freitag mit der Forderung der Fabriken und Betriebe aller übrigen Industrien beantwortet werden. Am 10. mehr gelten die Einigungsansätze als getrübt, als die Arbeitgeber jede politische Einmischung auf wirtschaftlichem Gebiet ablehnen und eine unparteiische Behandlung der Konfliktfragen unter Vorbehalt auf jeden gewaltsamen Eingriff in die Betriebe verlangen. Viele sozialistische Abgeordnete planen, einen sofortigen außerordentlichen Zusammentritt der Kammer zu fordern, um einen gesetzlichen Ausweg zu finden, der die streikenden Metallarbeiter herbeiführt. Zu diesem Zweck wird am Donnerstag in Mailand die sozialistische Kammergruppe zusammentreten, die vermutlich und verhoffentlich wirken will. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Arragona, und auch Regierungsmitglieder nehmen daran teil.

Das französisch-belgische Bündnis.

Belgiens Bemühungen um ein Zollabkommen mit Luxemburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 9. September.

Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien“ der den Kreisen um Tardieu nahesteht, weiß über das französisch-belgische Bündnis u. a. folgende Mitteilungen zu machen: Der entscheidende Schritt wurde im März unternommen, da damals die französische Regierung der belgischen mitteilte, daß Frankreich den belgischen